



**Geschäftsführung
Ausschuss Schule und Weiterbildung**

Herr Bernecker

Telefon: (0221) 221-29251

Fax: (0221) 221-29241

E-Mail: hans-michael.bernecker@stadt-koeln.de

Datum: 14.11.2014

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 27.10.2014, 16:00 Uhr bis 19:10 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Nils Helge Schlieben	CDU
Herr Franz Philippi	SPD
Frau Birgitta Nessler-Komp	CDU
Frau Inge Halberstadt-Kausch	SPD
Herr Bürgermeister Dr. Ralf Heinen	SPD
Frau Gonca Mucuk	SPD
Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU
Frau Anne Hauser	CDU
Frau Ulrike Kessing	GRÜNE
Herr Horst Thelen	GRÜNE
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE
Frau Svenja Rabenstein	GRÜNE
Frau Stefanie Ruffen	FDP

Beratende Mitglieder

Herr Wolfram Baentsch	AfD
Frau Lisa Hanna Gerlach	PIRATEN
Herr Gregor Berghausen	auf Vorschlag der SPD
Frau Hildegard Fuhrmann	SPD
Frau Dagmar Naegele	auf Vorschlag der SPD
Herr Martin Roth	auf Vorschlag der SPD
Frau Dr. Cornelia Herbers-Rauhut	CDU
Frau Angelika Riedel	auf Vorschlag der CDU
Herr Dr. Klaus Zimmermann	auf Vorschlag der CDU
Frau Bärbel Hölzing	GRÜNE

Herr Gerson Wirth auf Vorschlag der Grünen
Herr Oswald Pannes DIE LINKE
Frau Maria Artmann auf Vorschlag der FDP
Frau Dirim Su Derventli
Herr Ulrich Trapp

Verwaltung

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Beratende Mitglieder

Herr Michael Bold
Frau Utta Brauweiler-Fuhr
Frau Beate Habets
Frau Bettina Levy
Herr Dr. Felix Schotland

Die Verwaltung teilt mit, dass die aktuelle Ausgabe der **Schulpost** ausgelegt wurde.

Zur Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde wie folgt **ergänzt**:

-Nach der Verpflichtung der bisher noch nicht verpflichteten sachkundigen Einwohner/innen und Bürger/innen stellt sich die **neue Schulrätin Frau Hegemann** den Mitgliedern des Ausschusses vor.

-Im Anschluss daran soll eine **aktuelle Stunde zum Amoklauf an einer Kölner Schule** durchgeführt werden. Zu dieser wurde von der Verwaltung unter TOP 5.5 eine **Mitteilung mit einer Zusammenstellung der Pressemitteilungen** erstellt, die **als Tischvorlage** vorliegt.

-Auf besonderen Wunsch von Frau Jahn, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, wird im Ausschuss vor Eintritt in die Tagesordnung der für eine Pressekonferenz am 02.10.2014 erstellte Vortrag über die **Schulsituation im Kölner Westen** wiederholt.

-Neu sind die Anfragen unter TOP 2.1.3 bis 2.1.5, sowie die neue Anfrage unter TOP 2.2.1 (die Beantwortungen zu 2.1.4, 2.1.5 und 2.2.1 liegen als **Tischvorlagen** vor),

-die Vorlagen unter TOP 4.3 und 4.4 (beide als **Tischvorlagen**),

-die Mitteilungen unter TOP 5.3 bis TOP 5.5 (die Letztgenannte als **Tischvorlage**)

-sowie die Vorstellung eines Bewerbers um eine Schulleitungsstelle unter TOP 10.5.

Der Ausschuss hatte in seiner letzten Sitzung darum gebeten, den neuen Schulleiter der Gesamtschule Innenstadt, **Herrn Frank Görgens**, nochmals einzuladen, da er nicht persönlich erschienen war. Auf Nachfrage gab Herr Görgens an, dass ihn die Einladung nicht erreicht habe. Seine Schule hat einen ganztägigen Schulausflug nach

Belgien, an welchem er als Aufsichtsperson teilnimmt. Er wird sich in der November-Sitzung persönlich vorstellen.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, meldet für seine Fraktion Beratungsbedarf zu TOP 4.3 an und bittet darum, diese Vorlage ohne eigenes Votum in den weiteren Beratungslauf zu geben.

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), meldet für ihre Fraktion Beratungsbedarf zu TOP 4.4 an und bittet darum, diese Vorlage ohne eigenes Votum in den weiteren Beratungslauf zu geben.

Frau Dr. Klein warnt davor, dass bei einer Behandlung der beiden Vorlagen im zweiten Beratungslauf der Rat frühestens im Dezember erreicht wird. Die Vorlage unter TOP 4.4 unterscheide sich inhaltlich nicht von einer bereits in der vergangenen Sitzung diskutierten Mitteilung und sei nur der Vollzug dazu.

Frau Ruffen moniert, dass sie wegen der Einbringung als Tischvorlage nicht in der Lage war, die Vorlage zu TOP 4.4 zu lesen und bleibt deshalb bei ihrem Antrag, über die Vorlage erst in zweiter Lesung zu beschließen.

Dem schließt sich der Rest der Mitglieder des Ausschusses an.

Herr Philippi begründet den Dringlichkeitsantrag unter TOP 3.1 damit, dass in den weiterführenden Schulen im Bezirk Lindenthal 12 Züge fehlen, sodass die Standortfrage kurzfristig im Ausschuss zu klären ist. Dazu sei ein entsprechender Prüfauftrag dringlich erforderlich.

Frau Ruffen schließt sich dieser Begründung der Dringlichkeit an, hält die Auswahl der Schulform aber noch nicht für dringlich. Hier gebe es noch Diskussionsbedarf, aber keinen Grund für Dringlichkeit, weil unabhängig von der Schulform auf jeden Fall gebaut werden müsse.

Die Dringlichkeit des Antrages unter TOP 3.1 wird mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Alternative für Deutschland gegen die Stimme der FDP-Fraktion bei Enthaltung der CDU-Fraktion bejaht.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

0.1 Verpflichtung von sachkundigen Einwohner/innen und Bürger/innen

0.2 Vorstellung einer neuen Schulrätin

A Amokalarm an einer Kölner Schule - Nachlese und Diskussion über Verbesserungsmöglichkeiten im Umgang
AN/1418/2014

B Vortrag "Schulsituation im Kölner Westen"

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1 Frühere Anfragen

2.1.1 Neubau- und Sanierungsrahmen für Projekte mit und ohne Planungsauftrag
Beantwortung einer Anfrage der CDU-Fraktion vom 28.03.2014,
AN/0543/2014
1492/2014

2.1.2 Beantwortung der Anfragen AN1121/2014: Entwicklungsprozess der Inklusion
an Kölner Schulen
2713/2014

2.1.3 Kölner Ehrenamtspreis für das Projekt "Integrationslotsinnen und -lotsen"
2517/2014
3080/2014

2.1.4 Bedarfsprüfung: Einleitung des Vergabeverfahrens zum Abschluss eines Nut-
zungsvertrages mit dem Kommunalen Rechenzentrum Minden-
Ravenberg/Lippe zur Nutzung der Internetplattform "Schüler-Online" zur Un-
terstützung von Schulübergängen
3134/2014

2.1.5 Schülertickets für Flüchtlingskinder
3056/2014

2.2 Neue Anfragen

2.2.1 Konzept zu einer ganzheitlichen technischen Schul-IT an Kölner Schulen
AN/1390/2014

Beantwortung von Anfragen zum "Konzept zu einer ganzheitlichen techni-
schen Schul-IT an Kölner Schulen"
3207/2014

**3 Anträge gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirks-
vertretungen**

3.1 Schulentwicklung im Stadtbezirk Lindenthal
AN/1460/2014

4 Vorlagen der Verwaltung

- 4.1 Errichtung eines Grundschulverbunds im Kölner Süden gem. § 83 SchulG NRW
2840/2014
- 4.2 Neuregelung des Aufnahmeverfahrens an Kölner Schulen gem. § 46 Abs. 6 Schulgesetz NRW (10. Schulrechtsänderungsgesetz)
2994/2014
- 4.3 Planungsaufnahme zur Errichtung eines 3-zügigen Grundschulgebäudes mit 1-fach Turnhalle am Standort des ehemaligen "Nippesbad", Friedrich-Karl-Str./Ecke Niehler Kirchweg, 50733 Köln-Nippes
4143/2013
- 4.4 Grund- und Gesamtschule Heliosgelände - Interrimsstandorte und Schließung der Hauptschule Rochusstrasse
2953/2014

5 Mitteilungen

- 5.1 Kinder- und Jugendgesundheit in Köln Bericht 2013
2634/2014
- 5.2 Konzept zu einer ganzheitlichen technischen Schul-IT an Kölner Schulen
2703/2014
- 5.3 Fit für den Arbeitsmarkt - Europäisches Zertifikat zur Berufsqualifikation: Erfolgreicher Projektabschluss
3012/2014
- 5.4 Sachstand Einschulungshilfe
2996/2014
- 5.5 Vermutete Bedrohungslage am Gymnasium Kreuzgasse
3181/2014

6 Anfragen

7 Verschiedenes

I. Öffentlicher Teil

0.1 Verpflichtung von sachkundigen Einwohner/innen und Bürger/innen

Bei der konstituierenden Sitzung waren einige sachkundige Bürger/innen und Einwohner/innen (noch) nicht anwesend.

Zu Beginn der Sitzung werden verpflichtet

-Frau Fuhrmann auf Vorschlag der SPD-Fraktion als sachkundige Einwohnerin und nicht stimmberechtigtes Mitglied des Ausschusses für Schule und Weiterbildung gem. § 58 Abs. 4 der Gemeindeordnung,

-Frau Hauser auf Vorschlag der CDU-Fraktion als sachkundige Bürgerin und stimmberechtigtes Mitglied des Ausschusses für Schule und Weiterbildung gem. § 58 Abs. 3 Satz 1 der Gemeindeordnung und

-Frau Derventli auf Vorschlag der Bezirksschüler/innenvertretung als Vertreterin einer betroffenen Bevölkerungsgruppe und nicht stimmberechtigtes Mitglied des Ausschusses für Schule und Weiterbildung gem. § 58 Abs. 3 Satz 5 der Gemeindeordnung.

0.2 Vorstellung einer neuen Schulrätin

A Amokalarm an einer Kölner Schule - Nachlese und Diskussion über Verbesserungsmöglichkeiten im Umgang AN/1418/2014

Die Mitteilung 3181/2014 unter TOP 5.5 wird im Rahmen der Aktuellen Stunde mit besprochen. Frau Dr. Klein bezieht sich auf diese und ergänzt dazu, dass man nach dem Schulgesetz trennen muss zwischen den inneren und den äußeren Schulangelegenheiten: Die Schulaufsicht ist für alle Angelegenheiten des Unterrichts, des Lehr- und Landespersonals zuständig und der Schulträger ist für die sachliche Ausstattung der Schulen zuständig, wobei sie nach § 88 Absatz 4 des Schulgesetzes dabei eng zusammen arbeiten. Die Bezirksregierung ließ sich zu dem Termin entschuldigen, weil sie grundsätzlich nicht an Ausschusssitzungen der Kommunen teilnimmt. Frau Dr. Klein stellt nochmals den Sachverhalt dar und bewertet die Räumungsaktion als gelungen. Im Krisenstab wurde vereinbart, dass die Schule zunächst durch einen Wachdienst an den Ausgängen gesichert werden sollte. 4 bis 5 Schulpsycholog/innen wurden unverzüglich bis auf Weiteres vor Ort eingesetzt und wurden von 109 Schüler/innen, Lehrer/innen und Eltern in Anspruch genommen. Die Eltern und Lehrer/innen wurden in einem Elternbrief umfassend informiert. Am Tag nach dem Ereignis wurde der Unterricht gemäß der Entscheidung des Krisenstabes wieder normal aufgenommen. Polizei, Bezirksregierung, Schulträger und Schulpsychologie haben an dem Morgen mit dem Kollegium gesprochen, bevor dieses in die Klassen ging. Am 29.10. wird es eine Nachbesprechung geben, in deren Rahmen die Standards im Hinblick auf ihre Wirksamkeit überprüft und aktualisiert werden sollen.

Frau Rinnenburger, geschäftsführende Betriebsleitung der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln, stellt die baulichen Sicherheitsmaßnahmen gegen Amok in den Kölner Schulen dar, die in Abstimmung mit Polizei und Feuerwehr getroffen wurden, weil dabei das Rettungsziel der Feuerwehr mit dem abweichenden Rettungsziel der Polizei in Einklang gebracht werden musste. Standardmäßig wurden alle Innentüren von innen und außen beschriftet, um eine schnelle und übereinstimmende Orientierung zu ermöglichen. In allen Bestandsgebäuden wurden auf Empfehlung und in Abstimmung mit der Polizei die Klingelanlagen und in den Neubauten die elektroakustischen Alar-

mierungsanlagen (ELA) mit einem abgestimmten Alarmton nur für den Amokfall ausgerüstet, der sich vom Pausenton und vom Feualarm unterscheidet. Es handelt sich um einen einminütigen Dauerton mit auf- und abschwellender Sirene. In Fachräumen wurden standardmäßig zur regulären Absicherung dieser Spezialräume außenliegende Türknäufe (Knauf-Drücker-Kombination) angebracht. Alle Klassenräume sind mit Profilzylindern ausgestattet und können von innen abgeschlossen werden. Derzeit wird überlegt, ob auch die Klassenfenster von innen und außen beschriftet werden sollen. In den Gebäuden gibt es gelbe Kästchen zum Auslösen des Amokalarms in den Hausmeisterlogen und im Schulsekretariat (in größeren Schulen auch in der Loge des Hallenwartes). Seit 2 Jahren findet ein runder Tisch „Sicherheit“ mit der Polizei und der Feuerwehr statt, der sich hauptsächlich mit Vandalismus in Schulen und Kindergärten befasst.

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), bedankt sich für die Ausführungen und erklärt, dass es Sinn der aktuellen Stunde sei, die Standards zu diskutieren und der Verwaltung für die Zukunft Anregungen zur Optimierung des Verfahrens mit auf den Weg zu geben. Sie bemängelt, dass es in der Presse sehr widersprüchliche Informationen gab. Sie regt an, alle Klassenräume mit Türknäufen auszustatten. Dass die Schule Kreuzgasse nicht eingezäunt ist, habe sich in der Amoklage als problematisch herausgestellt. Sie fragt nach, ob alle Schulleitungen und die Lehrkörper ausreichend über das Verhalten im Amokfall informiert seien. Sie habe von einer Amokalarmübung in einer Schule gehört, wo die Schüler/innen anschließend traumatisiert waren, weil die Lehrer/innen nicht wussten, was sie zu tun hatten.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, ist erleichtert, dass sich der Amokalarm im Gymnasium Kreuzgasse als Fehlalarm erwiesen hat. Er bezweifelt, dass der Schulausschuss nach so kurzer Zeit auf Grund von Gerüchten sinnvolle Vorschläge zur Nachbereitung einbringen kann. Er bittet darum, von jeglichen Schuldzuweisungen und Spekulationen abzusehen. Er hält die Nachbesprechung der Aktion mit den beteiligten Stellen für sinnvoll und erforderlich und bittet darum, die an allen Schulen vorliegenden Notfallpläne im Blick zu behalten und bei Bedarf zu überprüfen und zu aktualisieren.

Auch Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, möchte zunächst die Nachbesprechung mit Polizei und Feuerwehr abwarten, um dann Informationen darüber zu erhalten, welche Erkenntnisse man aus dem konkreten Fall für die Zukunft gewonnen hat.

Frau Kessing, sachkundige Bürgerin (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), fragt nach, ob auch die Containerklassen mit in die Notfallpläne integriert sind bzw. die Pläne jeweils um diese Gebäude erweitert werden.

Frau Ruffen bekräftigt, dass ihr die Aussprache in einer aktuellen Stunde wichtig war, um auf einen gemeinsamen Informationsstand zu kommen, weil sie als Politikerin auf die Situation von Bürgern angesprochen wurde und sich bisher nicht hinreichend informiert sah.

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner (CDU), regt an, die Schulen in jedem Einzelfall bei der Planung etwa des Standortes für den Alarmknopf mit einzubeziehen. Seines Wissens nach gäbe es keine Pläne für Amoklagen in den Pausen. Auch gebe es bisher kein klares vereinbartes Signal zur Auflösung des Amokalarms. Er bittet um klare Anweisungen zum Einsatz von Handys in Alarmlagen und schließt sich der Forderung an, dass mehr Schulräume mit Knäufen ausgestattet werden sollten. Er schlägt darüber hinaus eine Erhebung an allen Schulen vor, um Schwachstellen zu ermitteln und weitere Verbesserungsvorschläge zu sammeln.

Frau Riedel, sachkundige Einwohnerin (CDU), befürchtet, dass man im Ernstfall den Klingelton für den Amokalarm nicht vom Feualarm unterscheidet und dann entgegen

dem eigentlichen Ziel des Alarms (sich zu verbarrikadieren) auf die Flure flüchtet. Sie bittet darum, die Erkenntnisse aus dem konkreten Fall allen Schulen zur Verfügung zu stellen. Sie fragt nach, ob die exzessive Information der Öffentlichkeit im akuten Fall sinnvoll ist.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, möchte wissen, was das Gespräch mit den vier berichtenden Schülern ergeben hat. Er stimmt Herrn Dr. Zimmermann zu, dass alle Maßnahmen in enger Abstimmung mit den Schulen erfolgen sollten, um deren Zustimmung zum Konzept zu erhalten.

Frau Dr. Klein wiederholt, dass die Stadt Köln als Schulträger nicht zuständig ist für die Lehrer/innen an ihren Schulen. Sowohl in der Schulpost als auch auf den jährlichen Regionalkonferenzen mit allen Schulleitungen habe man regelmäßig die Bausteine des Alarmplans vorgestellt. Die intensive Information der Öffentlichkeit war mit der Bezirksregierung abgestimmt, doch gebe es in einer solchen Situation mittlerweile eine schnelle Verbreitung von Halbwahrheiten und Vermutungen über Handy und Internet, der man nur mit schnellen umfassenden Presseerklärungen begegnen kann. Sie betont, dass ihr bisher keine gesicherten Informationen vorliegen, ob es sich um einen Fehlalarm handelte oder nicht. Da es sich bei Amokläufern immer um psychisch kranke Persönlichkeiten handelt, könne man nicht jede denkbare Extremsituation vorausahnen und wirksam absichern. Der Umgang mit Gefahrenlagen an Schulen sei ein Dauerthema, dass in regelmäßigen Besprechungen alle 6 Wochen fortlaufend diskutiert werde.

Frau Rinnenburger bestätigt, dass die Türbeschilderungen auch in den mobilen Einheiten sowohl von außen als auch von innen erfolgen und dass dort das Alarmsignal wie in den Bestandsgebäuden ankommt. Welches System der Türsicherung gewählt wird, überlässt die Stadt Köln dem Ergebnis der fachlichen Diskussion zwischen Feuerwehr und Polizei, da das Rettungsziel der Feuerwehr sich meist von dem Rettungsziel der Polizei unterscheidet. Die Polizei hat mittlerweile davon abgesehen, verbindlich Türknäufe zu fordern. Diese Lösung kann problematisch werden, wenn eine Lehrperson in einer Grundschule einen medizinischen Notfall hat und dann niemand ohne Schlüssel in das Klassenzimmer kommt. Gegen die Sicherung mit einem Haken spricht, dass Schüler/innen auf die Idee kommen könnten, die Lehrer/innen auszusperren. Zur räumlichen Position der Alarmknöpfe sei man bei der Gebäudewirtschaft nicht festgelegt und könne in Absprache mit der Schulleitung auch alternative Stellen zur Installation finden.

Frau Hauser, sachkundige Bürgerin (CDU), erinnert sich an gute Lehrer/innenfortbildungen zu den Alarmanlagen, die bis zum Jahre 2012 von der Schulverwaltung und der Gebäudewirtschaft angeboten wurden und regt an, diese wieder aufzunehmen.

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, fragt, ob es auch einen überörtlichen Austausch zum Thema mit anderen Kommunen gibt.

Herr Wirth, sachkundiger Einwohner (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), fragt, ob Lehrer/innen gelegentlich an entsprechenden Übungen der Polizei zu Amoksituationen teilnehmen können.

Frau Dr. Klein weist darauf hin, dass jährlich einmal die Bezirkspolizisten die Schulen besuchen und über Verhaltensweisen in den unterschiedlichen Alarmsituationen informieren. Lehrer/innenschulungen seien auch die Aufgabe der Bezirksregierung.

Herr Hamerski, Leiter des Schulpsychologischen Dienstes, erinnert daran, dass auch der schulpsychologische Dienst seit vielen Jahren ein Modul für Krisenteams anbiete mit Fallbeispielen zum Verhalten in Krisensituationen, das von jeder Schule abgerufen

werden könne. Das Land habe aktuell die Notfallpläne z.B. im Bereich Kinderschutz überarbeitet und plane gerade, in welcher Form die neue Fassung im ersten Quartal des nächsten Jahres verteilt werde.

Frau Rinnenburger ergänzt noch, dass ein Team aus ihrem Hause in ganz Deutschland nach einer optimalen Musterschule gegen Amok gesucht habe und vermeintlich vorbildliche Schulen besucht habe, doch habe man in ganz Deutschland keine Musterschule gefunden.

Daraufhin formuliert der Vorsitzende, Herr Dr. Schlieben, den Beschluss zur Aktuellen Stunde und lässt darüber abstimmen.

Beschluss:

Der Antrag wird zur weiteren Bearbeitung in die Verwaltung überwiesen mit der Bitte, dass die Verwaltung die Fragen und Anregungen aus der Politik mit in die Nachbesprechung nehme und die Fragen und Anregungen, welche nicht in die eigene Zuständigkeit der Stadtverwaltung fallen, an die Bezirksregierung zur schriftlichen oder mündlichen Beantwortung im Ausschuss für Schule und Weiterbildung aus deren Sicht weitergibt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

B Vortrag "Schulsituation im Kölner Westen"

Frau Dr. Klein und Herr Pfeuffer geben einen Überblick über die „Schulsituation im Kölner Westen“ (vgl. Anlage 1 zur Niederschrift; zur Diskussion des Themas siehe unter TOP 3.1). Herr Pfeuffer korrigiert die Folien, dass die Ludwig-Jahn-Straße in Junkersdorf (und nicht in Müngersdorf) liegt. Da mit einer Bauzeit von ca. 5 Jahren gerechnet werden muss, kommen für die Auswahl nur baureife Grundstücke in Betracht, bei denen bereits eine Einbindung an den ÖPNV besteht. Zum Lammerting-Gelände führt Frau Dr. Klein aus, dass auf Grund der Emissionen von den umliegenden Betrieben an dieser Stelle kein Schulstandort möglich sei. Sie bietet an, dass auf Wunsch ergänzend die Matrix zur Verfügung gestellt wird, warum einzelne Grundstücke in die nähere Auswahl kamen und andere nicht.

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1 Frühere Anfragen

2.1.1 Neubau- und Sanierungsrahmen für Projekte mit und ohne Planungsauftrag Beantwortung einer Anfrage der CDU-Fraktion vom 28.03.2014, AN/0543/2014 1492/2014

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

2.1.2 Beantwortung der Anfragen AN1121/2014: Entwicklungsprozess der Inklusion an Kölner Schulen 2713/2014

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, legt dar, dass seine Fraktion die Beantwortung genutzt habe, um ein Grundsatzpapier zu verfassen. Man sei unzufrieden mit der realen Situation in den Schulen und vermisse ausreichende Vorgaben durch Konzepte, Steuerung und Standards. Die Praxis gehe nicht weit genug, weil sie beispielsweise die Benachteiligung auf Grund der Herkunft nicht berücksichtige. Die Stadt müsse Wege finden, die Unterfinanzierung des Schulwesens auszugleichen. Man müsse auch das 3-gliedrige Schulsystem in Frage stellen und eine Schule für alle konzipieren. Insbesondere in den Gymnasien gebe es bisher zu wenig Inklusion, weil sich von den rund 50 einbezogenen Kölner Schulen bisher nur 4 daran beteiligten.

Herr Pannes, sachkundiger Einwohner (Die Linke), ergänzt, dass der Bericht des Expertenbeirates viel kritischer gegenüber der Stadt Köln ausgefallen sei, als er in der Mitteilung der Stadt dargestellt wurde. So seien die Steuerungsinstrumente des Inklusionsplanes derzeit noch nicht handlungsfähig und die räumlichen und personellen Bedingungen an Inklusionsschulen müssten noch erheblich ausgeweitet werden. Ganztagsangebote würden derzeit nur ansatzweise auf Inklusion bezogen und auch die Schulverwaltung müsste personell für die Umsetzung von Inklusion aufgestockt werden. Darüber hinaus nehme die Stadt ihre Verpflichtung zur Information der Öffentlichkeit über das Thema nicht hinreichend ernst.

Herr Baentsch, sachkundiger Einwohner (Alternative für Deutschland), bewertet die vorgetragenen Forderungen seiner Vorredner als eine Zerstörung des bestehenden weithin bewährten Schulsystems und warnt davor, sich mit diesen zu beschäftigen.

Frau Dr. Klein erinnert daran, dass es sich um die Beantwortung einer Anfrage handelt und bittet, daraus keine Grundsatzdebatte zur Inklusion zu eröffnen.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, erinnert daran, dass er in der vorangegangenen Sitzung eine Nachfrage zur geringen Sachmittelausstattung für die Inklusion gestellt hat und bittet die Verwaltung um Beantwortung.

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), bittet darum, Forderungen an Land, Bund und die Welt nicht im Schulausschuss zu formulieren, sondern bei den regionalen Themen zu bleiben.

Frau Dr. Klein weist auf die Verantwortungsgemeinschaft von Stadt und Land hin, und dass einige grundsätzliche Fragen vom Land zu regeln sind. Sie erinnert daran, dass die in Rede stehenden 84.000 € für Inklusion rein kommunales Geld und eine zusätzliche freiwillige kommunale Leistung für die Kölner Schulen sind. Zu der Mitteilung über die Stellungnahmen des Expertenbeirates wiederholt sie, dass man bewusst nicht alles kommentiert habe.

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner (CDU), fragt nach, ob in den 84.000 € die Mittel enthalten sind, die über den Landschaftsverband refinanziert werden, was Frau Dr. Klein verneint.

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

**2.1.3 Kölner Ehrenamtspreis für das Projekt "Integrationslotsinnen und -lotsen" 2517/2014
3080/2014**

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

**2.1.4 Bedarfsprüfung: Einleitung des Vergabeverfahrens zum Abschluss eines Nutzungsvertrages mit dem Kommunalen Rechenzentrum Minden-Ravenberg/Lippe zur Nutzung der Internetplattform "Schüler-Online" zur Unterstützung von Schulübergängen
3134/2014**

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

**2.1.5 Schülertickets für Flüchtlingskinder
3056/2014**

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, kann aus der Antwort nicht erkennen, ob es in diesem Bereich eine Beschleunigung oder Vereinfachung des Verfahrens gegeben hat.

Die Besprechung der Antwort der Verwaltung wird zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung.

2.2 Neue Anfragen

**2.2.1 Konzept zu einer ganzheitlichen technischen Schul-IT an Kölner Schulen
AN/1390/2014**

**Beantwortung von Anfragen zum "Konzept zu einer ganzheitlichen technischen Schul-IT an Kölner Schulen"
3207/2014**

Die Anfrage und ihre Beantwortung werden unter TOP 5.2 mit besprochen (siehe dort).

3 Anträge gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**3.1 Schulentwicklung im Stadtbezirk Lindenthal
AN/1460/2014**

Herr Philippi, SPD-Fraktion, erklärt nach Rücksprache mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass die Antragsteller den Dringlichkeitsantrag modifizieren möchten, um zusätzliche Kosten für eine weitere Elternbefragung zu vermeiden. Deshalb soll Punkt 2 lauten:

„Bezüglich der Schulformen spricht sich der Schulausschuss für den Neubau mindestens einer Gesamtschule und mindestens eines Gymnasiums aus.“ Satz 2 von Punkt 2 entfällt.

Zu den unter Punkt 3 genannten Standorten seien die Antragsteller grundsätzlich ergebnisoffen, da die Verwaltung gute Schulentwicklungsvorlagen macht.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, ergänzt, dass die Standortentscheidung sehr schwierig ist, weil unterschiedliche Vorstellungen von Eltern und Bezirksvertretung mit zu berücksichtigen sind. Deshalb müssten auch alle Standorte im Ausschuss für Schule und Weiterbildung unter Abwägung und Gewichtung der Kriterien erneut diskutiert werden.

Herr Pannes, sachkundiger Einwohner (Die Linke), favorisiert eine erneute Elternbefragung, da es in den zurückliegenden beiden Jahren eine breite Diskussion über Schulformen gegeben hat, sodass seiner Ansicht nach auch abweichende Ergebnisse denkbar seien.

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), ist sich sicher, dass der Elternwunsch nach Ergänzung des Antrages um ein Gymnasium ziemlich genau getroffen werde. Sie hat den Eindruck, dass die mit dem Antrag geforderten Prüfaufträge bereits von der Verwaltung erledigt werden und hält den Antrag daher für überflüssig.

Herr Thelen bittet, ergänzend zur Powerpointpräsentation für den unter TOP B gehaltenen Vortrag auch die Matrix der Kriterien und Standorte vorgelegt zu bekommen, damit die Entscheidungen der Verwaltung nachvollzogen werden können.

Dieser Bitte schließt sich Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, an. Die vorgetragene Änderung des Antrages hält sie für unverzichtbar, um den Elternwillen hinreichend zu berücksichtigen. Sie bittet aber, den Standort „Gewerbegebiet nördlich der Kölner Straße in Köln-Lövenich“ unter Punkt 3 ausdrücklich noch mit aufzunehmen.

Frau Artmann, sachkundige Einwohnerin (FDP), ist verwundert darüber, dass der ursprüngliche Antrag zunächst nur die Forderung nach einem Standort für eine zusätzliche Gesamtschule enthielt.

Herr Dr. Schlieben fasst die Beiträge für die Abstimmung zu einem geänderten Beschluss zusammen, wobei Herr Baentsch, sachkundiger Einwohner (Alternative für Deutschland), auf der umgekehrten Reihenfolge (zunächst Nennung des Gymnasiums und anschließend der Gesamtschule) besteht, womit die Antragsteller kein Problem haben. Anschließend wird über den so geänderten Antrag abgestimmt.

Geänderter Beschluss:

1. Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beauftragt die Verwaltung, den politischen Gremien kurzfristig eine für alle 16 geprüften Flächen für den Schulbau im Stadtbezirk Lindenthal umfassende, Kriterien gebundene Standort-Priorisierung vorzulegen, in der die Vor- und Nachteile aller Flächen aufgeführt sind.

Zu berücksichtigen sind folgende Kriterien:

- Flächengröße/-zuschnitt
- Lage
- Erreichbarkeit
- Verkehrsanbindung
- Möglichkeit zeitnaher Realisierung
- Bestehendes oder herstellbares Planungs-/Baurecht

- Eigentumsverhältnisse
 - Bevölkerungsentwicklung
 - Bestehende schulische Versorgung
2. Bezüglich der Schulformen spricht sich der Schulausschuss für den Neubau mindestens eines Gymnasiums und mindestens einer Gesamtschule aus.
 3. Es ist insbesondere zu prüfen und den politischen Gremien darzustellen, inwieweit sich die Standorte Ludwig-Jahn-Straße in Müngersdorf, Aachener Straße / Herbsthaler Straße in Braunsfeld, Gewerbegebiet nördlich der Kölner Straße in Köln-Lövenich sowie Potsdamer Straße / Frechener Weg (Weiden-Süd) für den Bau einer Gesamtschule eignen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4 Vorlagen der Verwaltung

4.1 Errichtung eines Grundschulverbunds im Kölner Süden gem. § 83 SchulG NRW 2840/2014

Herr Philippi, SPD-Fraktion, wertet die Vorlage im Namen seiner Fraktion als positiv, weil mit diesem Vorschlag mehrere Probleme gleichzeitig gelöst werden und stimmt daher gerne zu.

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner (CDU), hat erfahren, dass auf den Informationsschreiben für die Eltern der Teilstandort Immendorf nicht mit berücksichtigt wurde.

Frau Dr. Klein entschuldigt sich dafür, dass die Information zu früh erfolgte und sagt eine Korrektur zu. Es sei nicht beabsichtigt, den Schulstandort in Immendorf aufzugeben.

Frau Fuhrmann, sachkundige Einwohnerin (SPD), erinnert an den Wunsch aus dem Beschluss, dass zwingend an beiden Standorten Sekretariats- und Hausmeisterstellen gewährleistet bleiben müssen.

Frau Dr. Klein versteht diesen Wunsch. Die Verwaltung wird die Verteilung der sachlichen und personellen Ausstattung noch zusammen mit der Schulleitung des Hauptstandortes abstimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung* empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu entscheiden:

- 1.) „Der Rat der Stadt Köln beschließt gemäß § 83 Abs. 1 Schulgesetz NRW (SchulG) in Verbindung mit § 81 Abs. 2 SchulG die Fortführung der GGS Godorfer Straße, Freiherr-vom-Stein-Schule, Godorfer Straße 29, 50997 Köln im Rahmen eines Grundschulverbundes mit der GGS Ketteler-Schule, Kettelerstraße 14, 50997 Köln als Teilstandort der GGS Ketteler Straße zum 01.02.2015.

- 2.) Die sofortige Vollziehung dieses Beschlusses wird gem. § 80 Abs. 2 Ziffer. 4 Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.“

*Der Ausschuss Schule und Weiterbildung verzichtet auf den 2. Durchgang, sofern die Bezirksvertretung der Vorlage ohne Änderungen zustimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.2 Neuregelung des Aufnahmeverfahrens an Kölner Schulen gem. § 46 Abs. 6 Schulgesetz NRW (10. Schulrechtsänderungsgesetz) 2994/2014

Frau Dr. Klein erklärt zu der Vorlage, dass die hier vorgeschlagene Regelung nur in den Fällen zum Zuge kommt, wenn eine Schule überbucht ist.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu entscheiden:

„Der Rat der Stadt Köln beschließt die Anwendung der Regelungen des § 46 Abs. 6 Schulgesetz NRW zum Aufnahmeverfahren von Schülerinnen und Schülern an Kölner Schulen ab dem Schuljahr 2015/16. Danach werden Schülerinnen und Schülern, die in ihrer Wohnsitzgemeinde eine Schule der von ihnen gewählten Schulform im Sinne des §10 Schulgesetz NRW besuchen können nur dann an einer Kölner Schule aufgenommen, wenn dies die Aufnahmekapazität an der gewünschten Schule zulässt. Von dieser Regelung sind alle städtischen Schulen sämtlicher Schulformen betroffen.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.3 Planungsaufnahme zur Errichtung eines 3-zügigen Grundschulgebäudes mit 1-fach Turnhalle am Standort des ehemaligen "Nippesbad", Friedrich-Karl-Str./Ecke Niehler Kirchweg, 50733 Köln-Nippes 4143/2013

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt, die Vorlage zunächst ohne eigenes Votum in den weiteren Sitzungslauf zu geben und die Vorlage im zweiten Durchgang zu beraten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

4.4 Grund- und Gesamtschule Heliosgelände - Interrimsstandorte und Schließung der Hauptschule Rochusstrasse 2953/2014

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt, die Vorlage zunächst ohne eigenes Votum in den weiteren Sitzungslauf zu geben und die Vorlage im zweiten Durchgang zu beraten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

5 Mitteilungen

**5.1 Kinder- und Jugendgesundheit in Köln Bericht 2013
2634/2014**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.2 Konzept zu einer ganzheitlichen technischen Schul-IT an Kölner Schulen
2703/2014**

Mit der Vorlage zusammen werden die Anfrage der Piraten, TOP 2.2.1, und die Antwort der Verwaltung darauf besprochen.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, schlägt vor, dass man zunächst alle Fragen sammelt und dass diese dann in der nächsten Sitzung im Zusammenhang mit der angekündigten Präsentation beantwortet werden.

Herr Dr. Schlieben bittet darum, auch die Grundsatzdebatte zum Thema in der nächsten Sitzung zu führen.

Herr Baentsch, sachkundiger Einwohner (Alternative für Deutschland), hält das nach seiner Meinung übereilt erstellte Konzept für verfehlt und möchte es grundsätzlich überarbeitet wissen. Sinnvoll und notwendig sei der Einsatz von Informationstechnologie im Bereich der schulischen Verwaltung so lange dabei Datensicherheit gewährleistet ist. In die Klassen von Grundschulen gehören dagegen nach seiner Ansicht weder Computer noch Bildschirmgeräte. Es sei wissenschaftlich nachgewiesen, dass Computer bei Kindern irreversible Hirnschäden auslösen könnten statt diese beim Lernen zu fördern. Er verweist auf die Abhandlung des Ulmer Neurologen Manfred Spitzer mit dem Titel „Digitale Demenz – Wie wir uns und unsere Kinder um den Verstand bringen“. Er kritisiert auch die zahlreichen im Konzept verwendeten Anglizismen. Deshalb stellt er den Antrag, dass man das Konzept zurückweist zur gründlichen Überarbeitung.

Herr Dr. Schlieben bittet darum, entsprechend lange Änderungsanträge in Zukunft vor der Sitzung schriftlich oder digital einzureichen, nimmt ihn aber an, da Herr Baentsch noch neu im Ausschuss für Schule und Weiterbildung ist.

Herr Pannes, sachkundiger Einwohner (Die Linke), hält das Papier für funktions- und anlagetechnisch ausgefeilt und hochprofessionell und kann die Kritik von Herrn Baentsch nicht teilen. Ihm fehlen in dem Papier jedoch die pädagogischen Anwendungsmöglichkeiten für Schüler/innen und Lehrer/innen: Die Chance einer Individuali-

sierung findet er lediglich in dem Programm Moodle wieder. Hier gebe es noch Nachbesserungsbedarf.

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), möchte wissen, warum in dem Konzept Macintosh-Geräte bevorzugt werden. Sie begrüßt das Konzept grundsätzlich, hat aber Bedenken, ob es zeitnah umgesetzt werden kann.

Auch Frau Riedel, sachkundige Einwohnerin (CDU), begrüßt das Konzept und seine pädagogische Begründung. Sie bittet aber um konkretere Daten, wann der Netzausbau in den Schulen erfolgt. Daneben will sie wissen, wie man die Schulen über das Konzept beraten und informieren will und wie die Schulen die einzelnen Komponenten abrufen können. Sie fragt nach einer Strategie für Lehrer/innenfortbildungen zur verantwortlichen Nutzung der installierten Systeme und ob es dazu Kooperationen mit der Bezirksregierung Köln und dem Kompetenzteam gibt. Schließlich bittet sie um einen aktuellen Sachstand zum Ausbau des Schulsupports. Sie regt an, im Ausschuss für Schule und Weiterbildung über die Ergebnisse des i-Pad-Projektes zu berichten.

Frau Fuhrmann, sachkundige Einwohnerin (SPD), hat gehört, dass das W-LAN für Schüler durch Netcologne gesperrt wurde. Wenn nun in dem Konzept geplant ist, W-LAN flächendeckend auszubauen, so würde sich dies widersprechen. Sie bittet um Klärung. Bezüglich des Schulsupports bestätigt sie, dass es schon jetzt lange Wartezeiten gibt. Zur Umsetzung der Maßnahmen aus dem Konzept müsste der Support erheblich ausgeweitet werden. Auch hierzu bittet sie um eine Stellungnahme der Verwaltung.

Frau Naegele, sachkundige Einwohnerin (SPD), lobt das Konzept aus schulfachlicher Sicht, weil es sowohl die technische Seite als auch die Nutzerseite berücksichtige. Sie schlägt vor, bei den Präsentationstechniken neben den digitalen Whiteboards auch die Visualizer (eine Kombination aus Beamer und Projektion ohne eigene Software, an die man z.B. auch Laptops anschließen kann) mit ins Konzept aufzunehmen, da diese erheblich preiswerter sind.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, bittet um Vorlage eines Finanzierungsplanes zu dem Konzept. Er möchte wissen, warum die Ausstattung mit Glasfaserkabeln bei den Gesamtschulen mit 22% erheblich unter dem Volumen der anderen Schulen liegt oder ob es da über W-LAN auch andere Möglichkeiten gebe. Seiner Meinung nach müsste für jede Maßnahme des Konzeptes der mögliche pädagogische und didaktische Lernvorteil gegenüber anderen Medien, wie etwa den Printmedien, dargelegt werden, damit man den Nutzen beurteilen kann (er erinnert an die teuren Sprachlabors, die pädagogisch unbrauchbar waren). Internetkompetenz alleine reiche nicht als Begründung für eine flächendeckende Ausstattung der Schulen aus. Nur wenn eine Bereicherung im Lernvorgang erreicht werden könne, könne man den einzelnen Maßnahmen auch zustimmen. Auch er hält eine Bindung an Macintosh-Geräte für problematisch. Er bittet schließlich auch um Klärung der sozialen Komponente, wie man die Geräte allen Schüler/innen gleichermaßen zur Verfügung stellen kann.

Frau Gerlach, sachkundige Einwohnerin (Die Piraten), bittet darum, die in der Anfrage zur Sitzung gestellten Fragen Punkt für Punkt zu beantworten und ihrer Fraktion bereits vor der nächsten Sitzung zur Verfügung zu stellen. Mit Lernkonzepten zu Open Source ließen sich bei den Schüler/innen frühzeitig Einsparpotentiale bewusst machen, was auch später im Berufsleben in den Betrieben Vorteile bringe.

Frau Artmann, sachkundige Einwohnerin (FDP), nimmt mit ihrer Klasse selbst am iPad-Projekt teil und kann eine hohe Qualität der Unterrichtsergebnisse insbesondere im Bereich der Präsentationstechniken bescheinigen. Sie bittet um Klärung, wie man in Zukunft den Stand der Technik bei neuen Geräten gewährleisten und finanzieren will, da ständig neue, weiterentwickelte Geräte auf den Markt kommen. Sie interessiert sich darüber hinaus für ein begleitendes Fortbildungskonzept für die Lehrkräfte.

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, betont, dass Medienkompetenz als Lernziel unverzichtbar sei. Parallel müssen die Schüler/innen aber auch über die Gefahren bei der Mediennutzung aufgeklärt werden.

Frau Kessing, sachkundige Bürgerin (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), erschließt sich das Verfahren noch nicht, wie sich Schulen um die Teilnahme bewerben können.

Herr Trapp, Stadtschulpflegschaft, hat im Rahmen der Internetwoche der Stadt Köln interessante Modelle zur Unterrichtsgestaltung kennengelernt, während die Stadtschulpflegschaft oft feststellen musste, dass Lehrer/innen die neuen Medien lediglich zum Googlen benutzen. Die AG Medien hat daraufhin ein Projekt zur Lehrer/innenfortbildung initiiert. Dabei werden Lehrer/innen aus ganz Deutschland eingeladen, den üblichen Stoff mit neuen Medien zu vermitteln. Beim Umgang mit dem iPad habe sich dabei sehr schnell auch bei technisch bisher unerfahrenen Schüler/innen ein Lernerfolg gezeigt.

Im Kölner Stadt-Anzeiger vom 24.10.2014 war berichtet worden, dass die Elternschaft des Gymnasiums Pesch die Einführung von iPad-Klassen ablehne. Dazu erteilt Herr Dr. Schlieben Herrn Sieben, stellvertretende Schulleitung am Gymnasium Pesch, das Rederecht. Dieser führt aus, dass gerade die Eltern an seiner Schule das iPad-Konzept besonders vorangetrieben haben und gemeinsam mit den Lehrkräften und den Schüler/innen an einem Medienkonzept mitgewirkt haben, das alte und neue Medien miteinander vereint und didaktisch und pädagogisch verbindet.

Frau Dr. Klein sagt zu, dass die Anregungen und Fragen aufgenommen werden –wie in der Mitteilung dargestellt- in die Präsentation zum nächsten Schulausschuss. Sie macht nochmals darauf aufmerksam, dass die Umsetzung nur im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel erfolgen kann. Zusätzliche Mittel stehen dafür nicht zur Verfügung.

Daraufhin lässt der Vorsitzende Herr Dr. Schlieben über den Antrag von Herrn Baentsch abstimmen.

Änderungsantrag von Herrn Baentsch, sachkundiger Einwohner (Alternative für Deutschland):

Das Konzept der Verwaltung zu einer ganzheitlichen technischen Schul-IT an Kölner Schulen wird zur gründlichen Überarbeitung zurückgewiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig abgelehnt.

5.3 Fit für den Arbeitsmarkt - Europäisches Zertifikat zur Berufsqualifikation: Erfolgreicher Projektabschluss 3012/2014

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.4 Sachstand Einschulungshilfe 2996/2014

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, möchte wissen, ob die Verwaltung sich auch Gedanken macht über die Höhe der Einschulungshilfe, da die ursprüngliche Höhe der Ratsvorlage durch Haushaltskürzungen gesenkt wurde. Er bittet um Prüfung, ob man die Höhe wieder anheben kann.

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, möchte wissen, welche Auswirkungen (etwa bei der Schülerzahl) es bei den Schulen gab, wo die Mittel nicht abgerufen wurden.

Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin (FDP), fragt, ob die nicht abgerufenen Gelder nicht dazu genützt werden könnten, die Eltern von Erstklässlern, welche Hilfe brauchen, in anderer Form zu unterstützen, anstatt viel Geld für die Werbung zum Abruf der Mittel auszugeben.

Frau Dr. Klein sagt zu, dass man die Nachfragen an das zuständige Dezernat zur schriftlichen Beantwortung weiterleitet.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.5 Vermutete Bedrohungslage am Gymnasium Kreuzgasse 3181/2014

Die Mitteilung wurde im Rahmen der Aktuellen Stunde zu Beginn der Sitzung mit besprochen (siehe unter TOP A) und wird zur Kenntnis genommen.

6 Anfragen

Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, fragt zum Thema „**OGTS-Plätze in Widdersdorf**“:

In Widdersdorf wurden zur Schaffung zusätzlicher OGTS-Plätze für das Schuljahr 2014/15 Erweiterungen der Raum- und Küchenkapazitäten an der Pater-Delp- und der Olympiaschule vorgenommen.

1. Wie sieht der aktuelle Sachstand bezüglich der Raumsituation für die zusätzlich geschaffenen OGTS-Plätze aus?
2. Wie sieht der aktuelle Sachstand bezüglich der Küchensituation aus?

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, hat von der **Gesamtschule Holweide** erfahren, dass es dort Probleme mit der **Unterbringung von 9 zehnten Klassen** gebe, die vorher in Containerklassen untergebracht waren und bittet dazu um die Schilderung des Sachstandes.

Herr Pannes, sachkundiger Einwohner (Die Linke), erinnert an eine **Anfrage vom 15.01.2013 zur Situation an den Kölner Ganztagschulen**, zu welcher am 21.01.2013 eine Antwort vorgelegt wurde, welche ihm nicht ausreicht. Er bittet daher, die Anfrage vom 15.01.2013 erneut und aktualisiert zu beantworten.

Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, erinnert daran, dass ihre Anfrage zum **Schwimmunterricht** aus der Sitzung im September noch nicht beantwortet wurde.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, erinnert daran, dass er in der Septembersitzung eine Anfrage zur **Einfriedung von Schulhöfen** gestellt hat und bittet um Beantwortung.

7 Verschiedenes

Köln, den 12.11.2014

gez. Dr. Schlieben

Vorsitzender

gez. Bernecker

Schriftführer

Anlage 1 – Vortrag „Schulsituation im Kölner Westen“